

Beschluss der 20. Landeskonferenz „Zur aktuellen Situation der KPÖ“

I) Zur Situation der und in der KPÖ

Die KPÖ ist mit dem gegen unsere Partei gerichteten Urteil im Novum-Prozess in einer neuen und sehr schwierigen Situation. Obwohl auf den letzten Parteitag vom Finanzreferenten, Michael Graber, immer wieder darauf hingewiesen wurde, welche Konsequenzen ein negatives Urteil in 2. Instanz haben wird, ist es mühsam und teilweise schmerzhaft die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen bilden allerdings nicht nur die Grundlage dafür, dass die Arbeit der KPÖ überhaupt weitergehen kann, sondern dass die Partei in der jetzigen politischen Situation die bestehenden Chancen wahrnehmen kann. Die Haltung, mit der sich viele AktivistInnen der Partei - auch die meisten der bisher freigestellten FunktionärInnen - nun einbringen, macht Mut und zeigt, dass in der KPÖ Solidarität und Engagement keine leeren Begriffe, sondern praktische Grundlagen des Handelns sind. Auch die Solidarität, die wir von AktivistInnen außerhalb der Partei erfahren, zeigt, ebenso wie Wahlerfolge der letzten Zeit und die Entwicklung der sozialen Bewegungen auch in Österreich, dass unsere politischen Orientierungen eine Zukunft für die Kommunistische Partei in klarer Abgrenzung zur neoliberalen Politik der Sozialdemokratie und der Grünen eröffnet haben.

Gleichzeitig treten Widersprüche und unhaltbar gewordene Zustände in der Partei krasser als je zuvor zu Tage. Bereits in den ersten Tagen nach dem Urteil wurde aus der Partei heraus eine Kampagne organisiert, die Entscheidungen der Wiener Stadtleitung und des Bundesvorstandes zu torpedieren versuchte. Eine gefälschte Presseerklärung wurde an ORF und APA verschickt. Eine Unterschriftenliste für einen außerordentlichen Parteitag, der in der aktuellen Phase der Umstrukturierung in ein Fiasko führen würde, kursiert. Mit fraktionell organisierten (Wieder)Beitritten zur Partei und Überstellungen innerhalb der Organisation wird seit längerem versucht, entscheidende Parteiereignisse zu manipulieren.

Nach der Bundesvorstandssitzung, bei der - mit nur einer Gegenstimme - die weitere Vorgangsweise nach dem Novum-Urteil festgelegt wurde, wurde von einigen Genossen gegen Mitglieder des Bundesvorstandes regelrechter Terror gemacht, um sie psychisch fertig zu machen.

Die selben GenossInnen, die in der Partei in den vergangenen Jahren die gemeinsame Politik blockieren wollten, versuchen die jetzige Krise zu nutzen, um zur „Generalabrechnung“ mit der Führung aufzurufen. Wir möchten davor warnen, dass dieser Weg, wenn er weiter gegangen wird, zu einer Spaltung der KPÖ führt. Wir werden uns diesem Prozess der Zerstörung der Partei widersetzen.

Die 19. Landeskonferenz der KPÖ-Wien hat mit großer Mehrheit festgehalten: „Kein Mitglied, kein/e FunktionärIn, kein Gremium der KPÖ soll und kann außerhalb der Kritik gestellt werden. Hier wird aber nicht Kritik geübt, sondern versucht vernichtend zu denunzieren und zu diffamieren, in einer Art und Weise, die folgende Klarstellung erfordert: Demokratische Rechte geringschätzende, Gewalt verherrlichende und menschenverachtende Haltungen können in der KPÖ von heute nicht toleriert werden.“

In jedem Fall muß die KPÖ sich selbst und ihre Mitglieder und FunktionärInnen vor öffentlicher Denunzierung und dem Versuch der Kriminalisierung schützen. Die Landeskonferenz hält daher fest, daß die oben beschriebenen Vorgangsweisen und diese Kultur der Auseinandersetzung außerhalb des Parteiverständnisses der KPÖ stehen und daß daher ein klarer politischer Trennungsstrich zu ziehen ist. Die neue Stadtleitung wird beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen“

Die Stadtleitung hält selbstkritisch fest, dass sie in der Umsetzung dieses und ähnlicher Beschlüsse vorangehender Landeskonferenzen inkonsequent und zu zögerlich war.

Die Erfahrungen, dass administratives und bürokratisches Vorgehen von Leitungen und FunktionärInnen und Ausgrenzung als Mittel der Politik, die Entwicklung der Partei immer wieder blockiert haben; die Einschätzung, dass das autoritäre Politikverständnis mitverantwortlich für das Scheitern der sozialistischen Länder war und das Wissen, dass Paternalismus und mangelndes Demokratieverständnis die kommunistischen Parteien immer wieder von emanzipatorischen Bewegungen und von widerständigen und engagierten AktivistInnen getrennt haben, führten nicht nur zu positiven Veränderungen und Erneuerungsschritten der KPÖ. Sie führten auch zu Unterlassungen in notwendigen Auseinandersetzungen.

Darüber hinaus haben sich die Wiener FunktionärInnen in der Auseinandersetzung auf Bundesebene auf Kompromisse eingelassen, die der Entwicklung der Wiener Partei abträglich waren. Seit Jahren zielt die Politik einiger FunktionärInnen - unter dem Schlagwort des Föderalismus - darauf, die gesamtösterreichischen Strukturen der Partei zu schwächen. Es werden interessens- und kommunalpolitische Aufgabenstellungen den gesellschafts- und allgemeinpolitischen Positionierungen der KPÖ gegenübergestellt.

Statt diese Auseinandersetzung inhaltlich auszutragen, waren die Wiener FunktionärInnen bemüht, durch ihren Einsatz, die personell stark reduzierte Bundespartei zu unterstützen, wurden bei gleichzeitiger überproportionalen Einsparung im Wiener Bereich zusätzliche Aufgaben übernommen.

Nicht zuletzt haben wir deshalb Probleme, die aus den Einsparungen der 90er Jahre entstanden sind, immer noch nicht vollständig bewältigt. Obwohl von vielen AktivistInnen der Wiener Partei im Laufe der Jahre immer mehr Aktivitäten übernommen wurden, die vorher selbstverständlich von Freigestellten erledigt wurden und seit 12 Jahren keine BezirkssekretärInnen mehr zur Verfügung stehen, blieben bis heute auch Mängel in der Kommunikation zwischen den Parteiorganisationen und der Leitung bestehen. Von Mitgliedern der Wiener Partei wird oft eher wahrgenommen, dass sie zu wenig unterstützt und „allein gelassen“ werden, als die Arbeitsbelastung und Überforderung von Leitung und Freigestellten. In der neuen Situation muß diesen Problemen - allerdings unter völlig geänderten Bedingungen - Augenmerk geschenkt werden.

Auch im Auftreten der KPÖ nach außen hat die Stadtleitung zu lange Zweideutigkeiten zugelassen, die unsere Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Jede Veranstaltung oder Publikation der Partei zur kritischen Aufarbeitung unserer Geschichte wurde durch Aktivitäten „begleitet“, die daraus einen Verrat an der Partei konstruierten. Unsere Positionierung gegen den Irakkrieg, die uns mit Millionen DemonstrantInnen auf der ganzen Welt vereinte, die den Kampf gegen den US-Imperialismus mit der unmissverständlichen Verurteilung des menschenverachtenden Regimes von Saddam Hussein verbunden hat, wurde durch Reisetätigkeit, öffentliche Stellungnahmen, ja sogar Unterschriftenlisten - auch von LeitungsfunktionärInnen - unterlaufen.

Das Ansehen, das AktivistInnen und FunktionärInnen in verschiedenen Bewegungen für die KPÖ gewinnen konnten, wurde durch gegen sie persönlich geführte Schmutzkübelkampagnen und Diffamierungen ebenso geschädigt, wie durch Publikationen, die den TrägerInnen der Bewegungen „Bürgerlichkeit“, „Naivität“, „mangelndes antikapitalistisches Engagement“ vorwerfen.

II) Die Krise bewältigen

Wir werden diese Fehler korrigieren. Weiterhin verstehen wir die KPÖ als pluralistische und demokratische Partei der offenen und kritischen Diskussion, die sich über unterschiedliche

Einschätzungen und Haltungen weiter entwickelt. Aber wer die persönliche Denunziation und Einschüchterung als Mittel der Politik versteht, gefährdet damit letztlich die weiten demokratischen Rechte, die den Mitgliedern und Organisationen der Partei im Statut garantiert sind. Wer die Übereinkunft über die Art und Weise, wie die KPÖ ihre Auffassungsunterschiede auf der Grundlage der Anerkennung der Pluralität austragen will, nicht teilt, sondern mit dem „Recht des wahren Kommunisten“ bekämpft und davon ausgeht, dass „der Zweck die Mittel heiligt“, überfordert damit ständig AktivistInnen, Organisationen und Leitungen. Das wiederholte Bekenntnis zu unseren demokratischen Umgangsformen hat den destruktiven Verhaltensweisen nicht Einhalt gebieten können. Wir sehen die Überwindung des und den praktischen Bruch mit dem autoritären, diffamierenden „Kampf gegen die verräterische Führung“ als eine Voraussetzung dafür.

Wir müssen die KPÖ-Wien in dieser Stadt auf der Grundlage der in den letzten Jahren erarbeiteten Positionen neu strukturieren, organisationspolitische Voraussetzungen dafür schaffen, dass das ehrenamtliche Engagement der Wiener Kommunisten und Kommunistinnen als eigenständiger und unverkennbarer Teil der Wiener Linken sichtbar wird.

Der politische Spielraum, der sich uns bietet wächst. Durch die desaströse und selbstherrliche Politik der Wiener SPÖ, durch die Krise des Reformismus auch in anderen europäischen Staaten - ja weltweit - und durch die sich der Machtbeteiligung anbietende Grüne Politik entstehen auch echte Chance für die Entwicklung unserer Partei.

Das von KommunistInnen früherer Generationen übernommene Erbe, die in der schwersten und gefährlichsten Zeit von 1933 bis 1945 für die Ideale der Kommunistischen Bewegung eintraten und ihr Leben einsetzten, ist uns Verpflichtung unsere Partei zu erhalten, zu entwickeln und zu erneuern. Wir wollen an den sozial- und interessenpolitischen, frauen- und friedenspolitischen, an den kämpferischen Traditionen anknüpfen, den Kommunismus ins 21. Jahrhundert holen. Das bedeutet für uns auch, dass wir uns der Geschichte in aller Widersprüchlichkeit stellen und an den Erkenntnissen der letzten Jahre festhalten: Wir wollen die Auseinandersetzung und den Bruch mit stalinistischen Haltungen, Politikverständnis und Menschenbildern zu einer praktischen Grundlage der Arbeit der Partei machen.

Wir erwarten nicht von allen Genossinnen, dass sie sich als Feministinnen sehen, aber wir erwarten von allen Genossen und Genossinnen Respekt vor Feministinnen in der Partei und ihrem Engagement in den Frauenbündnissen und vor dem Frauenprogramm der Partei.

Wir wollen als AktivistInnen der Partei mit allen zusammenwirken, die gegen Neoliberalismus, Krieg und Ausbeutung kämpfen, ohne die Anliegen und Widersprüche zu hierarchisieren, die sie zu diesem Engagement führen und für eine neue Gesellschaft eintreten. Unser Begriff für diese Gesellschaft ist: Sozialismus.

III) KPÖ-Wien: Partei der AktivistInnen

Wir müssen gemeinsam überlegen, in welchen Strukturen, mit welcher Arbeitsweise und mit welchen Kommunikationsmöglichkeiten wir unsere Arbeit neu organisieren wollen. Nach der Enteignung des Großteils unserer finanziellen Mittel, ist die wichtigste „Ressource“ - das freiwillige Engagement unserer AktivistInnen - von größerer Bedeutung als je zuvor. Wesentliche Motivation zur Mitarbeit ist einerseits die Möglichkeit die Politik selbst mitgestalten zu können, andererseits sind es die Ziele der Partei, die AktivistInnen motivieren. Aufgabe der Parteistrukturen ist es daher dieses Mitgestalten ohne Hürden zu ermöglichen. Im Sinne der Pluralität der Auffassungen und Aktivitäten in der Partei brauchen wir dafür einen weiten Rahmen, mit dem aber auch klargestellt wird, wie Grenzen festgelegt werden, was außerhalb des Verständnisses der KPÖ liegt und wie Abgrenzungen dazu verlaufen. Unser Anspruch, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse radikal verändern zu wollen, muß

auch in unseren Strukturen, in den Formen, in denen wir uns selbst organisieren erkennbar sein.

Von folgenden Fragen sollten wir ausgehen:

* Wie können Mitglieder als AktivistInnen in Parteiorganisationen, in der Interessenspolitik im gewerkschaftlichen, beruflichen und kommunalen Bereich, in Bewegungen und Initiativen und als „EinzelkämpferInnen“ (auch diese gibt es) wirksam in und mit der KPÖ Politik entwickeln?

* Wie kann in den Strukturen die Arbeit der GenossInnen, die aktiv in diesen verschiedenen Bereichen sind, am besten unterstützt werden?

* Welche Organisationsstrukturen brauchen wir, um uns in die Lage zu versetzen rasch auf politische Ereignisse zu reagieren, Kampagnen zu entfachen und uns auch eine entsprechende Öffentlichkeit für und mit unseren thematischen Schwerpunkten zu verschaffen?

* Wie können KPÖ-Strukturen für (neue) Mitglieder attraktiver werden? Wie können sie zur Mitarbeit motivieren?

* Wie können diese Strukturen auch jene Aufgabenstellungen mitbewältigen, für die es bisher hauptamtliche Unterstützung gab?

* Welcher Kommunikationsstrukturen sowohl innerhalb der Partei, als auch nach außen - können wir uns unter den geänderten finanziellen Bedingungen bedienen?

Zur Zeit existieren 21 Parteiorganisationen, an deren Versammlungen zwischen 5 und 20 Mitglieder teilnehmen. Nur ein Teil dieser Organisationen entwickelt eigenständig Politik. In der Mehrheit dienen Zusammenkünfte in den Bezirksstrukturen heute der Diskussion zu politischen Themen und Auseinandersetzungen in- und außerhalb der Partei, des Informationsaustausches und bieten in unterschiedlichen kulturellen Formen Möglichkeiten sozialer Kontakte zwischen den Mitgliedern.

Es wird auch weiterhin unterschiedliche Ansprüche an unsere Parteistrukturen geben und wir müssen herausfinden, welche am besten geeignet sind, sie zu erfüllen. Eine Reduzierung der zur Zeit existierenden Parteistrukturen hat dann Sinn, wenn die daraus entstehenden Organisationen politisch stärker und attraktiver werden. Darüber muss in den nächsten Wochen mit den einzelnen Organisationen beraten werden. Ein „Über einen Kamm scheren“ oder ein von oben verordnetes Schema hat jedenfalls keinen Sinn und ist auch nicht die politische Kultur die wir brauchen. Eine selbstkritische Einschätzung der jeweiligen Strukturen, die Bereitschaft sich auf neue Überlegungen einzulassen, anstatt von vorn herein am Alten festzuhalten, das brauchen wir, wenn wir unter den neuen Bedingungen bestehen und politikfähiger als bisher werden wollen.

Diese Fragestellungen sind nicht neu, aber sie sind heute drängender denn je zu beantworten, weil es ein einfaches Weitermachen wie bisher nicht gibt.

Dass radikale Veränderungsschritte gesetzt werden müssen, hat in Bezug auf eine neue Leitung auch gute Seiten. Die Arbeit der neuen Leitung ist nur möglich, indem ihre Mitglieder konkrete Verantwortungsbereiche übernehmen - und zwar unabhängig von ihrer bisherigen Tätigkeit - ehrenamtlich. Die Leitung war nie ein Vertretungsorgan der Bezirks- und Parteiorganisationen, und muss auch künftig der Einbeziehung unterschiedlicher Strukturen, der AktivistInnen aus unterschiedlichen Politikfeldern und der Kommunikation dienen. Sie muss aber vor allem tatsächliches Leitungsgremium sein, das Politik formuliert und

entwickelt, entsprechend kollektiv die eigene Arbeit und das politische Auftreten der KPÖ-Wien organisiert.

Gleichzeitig wäre zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, wienweite AktivistInnenplena ins Leben zu rufen, da es einerseits vielleicht nicht ganz gelingen wird, alle „EinzelkämpferInnen“ in die Arbeit von Parteistrukturen einzubinden, andererseits wird sich durch die engen finanziellen Grenzen die Kommunikation noch schwieriger gestalten. Bei solchen AktivistInnentreffen könnten z.B. Erfahrungsaustausch, die Planung von öffentlichen Aktivitäten, die Umsetzung von Kampagnen, und unsere Beiträge in interessenspolitischen Zusammenhängen, in Bündnissen und Initiativen besprochen und organisiert werden.

Die Übersiedelung der Stadtleitung in das Haus der KPÖ in der Drechslergasse im 14. Bezirk - gemeinsam mit dem Bundesvorstand - sollten wir auch nutzen, um dort ein tatsächliches politisches Zentrum zu schaffen.

Die Kommunikation der KPÖ-Wien wird sich mehr als bisher auf das Internet stützen müssen, wobei zu berücksichtigen ist, dass Vieles über das Internet kommuniziert werden kann, aber eben nicht mit Allen. Die Finanzen werden es in nächster Zeit zwar erlauben, ein Mal pro Monat eine Mitgliederzeitung mit den Veranstaltungsankündigungen auszusenden, aber die Stadtzeitung „Rotpunkt“ muss eingestellt werden. Sie erreichte bisher schon - im Verhältnis zur Größe Wiens - eine sehr geringe LeserInnenschaft, ist aber auch in dieser Form nicht finanzierbar. Überlegt werden muss, wie sich die KPÖ-Wien in ein neues Medium, das rund um die Redaktion der Volksstimme und die Bundes-KPÖ gerade beraten wird, einbringen und für unsere Arbeit nutzen kann.

Stellen wir uns den politischen Anforderungen, die von uns als Kommunistische Partei erwartet werden. Schaffen wir uns Strukturen, die diesen entsprechen, die eine Demokratisierung bringen und die unserer tatsächlichen Größe und unserem AktivistInnenpotential entsprechen.

IV) Politik in Wien

Wir wollen von unseren Vorhaben, die KPÖ-Wien als - auch wahlpolitische - Alternative in dieser Stadt und auf Bezirksebene weiter zu entwickeln, keine Abstriche machen. Das heißt, dass unser Antreten bei den Bezirks- und Gemeinderatswahlen 2006 sicherzustellen mittelfristig das schwierigste Projekt und von großer politischer Bedeutung ist. Dabei wird sich die Politik der KPÖ-Wien nicht auf kommunalpolitische Fragestellungen beschränken. Wir wollen auch weiterhin zu Eu-politischen und globalen Fragen vor Ort auftreten. Die EU-Wahlen im Frühjahr 2004 sind uns dabei besonders wichtig. Unsere allgemeinpolitischen Positionierungen sind von unserer Aufgabe uns in wienpolitischen Auseinandersetzungen zu profilieren nicht zu trennen.

Die Einschätzungen und Aufgabenstellungen aus der „Diskussionsgrundlage“ bilden gemeinsam mit dieser Stellungnahme eine Einheit und sollen auch so in die Vorbereitung der Landeskonzferenz - und auf ihr selbst - einbezogen werden.